



Inselviertel will gegen Wohnblöcke klagen

Bürgerinitiative gründet Verein, um Geld zu sammeln/Politik muss im Wahlkampf mit kritischen Fragen rechnen

VON HUBERT KREKE

Cloppenburg. Mit einem Gutachten und notfalls auch juristisch will sich die Bürgerinitiative im Cloppenburg Inselviertel gegen die geplante „Verdichtung“ mit bis zu dreistöckigen Mietshäusern wehren. Das zeichnet sich nach einer erneuten Videokonferenz mit rund 25 Teilnehmern ab. Wie Ludger Heuer, einer der Initiatoren, mitteilte, ist die Gründung eines Vereins vorgesehen, um bei Bedarf die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Gegenwehr einzusammeln. Zugleich wollen die Bewohner politischen Druck während des laufenden Kommunalwahlkampfes aufbauen.

Nach dem angebotenen Gespräch mit dem städtischen Fachbereichsleiter Björn Drebbermüller, den die Gruppe noch im Juli treffen will, sollen allen Parteien Fragen zum künftigen Bebauungskonzept gestellt werden, hieß es nach der Konferenz. Um die Politik zu sensibilisieren, hat die Interessensgemeinschaft bereits Vertreter der CDU, SPD, Grünen und UWG zu einer Begehung durch das Viertel eingeladen.

Auch Christiane Priester und Neidhard Varnhorn, die um das Amt des Cloppenburg Bürgermeisters kandidieren, kamen. Zusagen machte niemand. Noch vor der Wahl wollen die Initia-



Plattmachen für Neubauten: Noch mehr große Wohnblöcke in ihrer Nachbarschaft fürchtet die Bürgerinitiative. Fotos: IG Inselviertel

toren die Unterschriftenlisten, die gegen die zunehmende Verdichtung protestieren, an Bürgermeister Dr. Wolfgang Wiese übergeben.

„Es werden viele“, kündigte Prof. Bernhard Wesenick an, der gemeinsam mit Heuer und Olaf Clausen für die Anlieger spricht. „Wir sind nicht gegen eine maßvolle Verdichtung“, betonte das Trio. Die Teilung großer Grundstücke für den Bau eines zweiten Hauses oder die Errichtung von Doppelhäusern sei „in Ordnung“: „Aber wir wehren uns dagegen, wie die Stadt es zulässt, dass dieses Viertel seinen Charakter einer Einfamilienhaus-siedlung zugunsten großer Wohnblöcke aufgeben muss.“ Die Stadtverwaltung habe in den letzten Jahrzehnten bei der Missachtung von Bauvorschriften „regelmäßig weggeschaut“ oder Bauanträge im Interesse der Bauherren „maximal ausgelegt“, klagt die Gruppe.

Wo in den alten, engen Straßen eigentlich nur 40 Prozent der Grundstücksfläche bebaut werden durften, seien tatsächlich oft über 90 Prozent der Fläche mit Garagen und Carports, Stellplätzen und gepflasterten Zufahrten versiegelt. Immer mehr Häuser aus den 1960er und 1970er Jahren werden jetzt abgerissen, um die großen Grundstücke als „beliebte Anlageobjekte maximal auszureizen“, klagt die Initiative. Das treibe die Preise in Höhen, die sich keine Familie mehr leisten könne. Dort, wo vorher Einfamilienhäuser gestanden haben, fänden sich jetzt Wohnblöcke mit fünf Wohneinheiten.

Das im Planungsausschuss des Rates vorgestellte „Kompromiss-Konzept“ findet die Bür-

gerinitiative nicht annehmbar. „Die Entwürfe lassen weiterhin Schlimmes befürchten“, sagen Wesenick, Clausen und Heuer. Denn in weiten Bereichen des Viertels sind Firsthöhen bis zu 11,5 Meter erlaubt. In der Praxis bedeutet das zwei Vollgeschosse und ein drittes Dachgeschoss. „Zu groß“, findet die Interessensgemeinschaft Inselviertel.

■ **Info:** Das nächste Treffen der Interessensgemeinschaft findet am 9. Juli um 17 Uhr bei Olaf Clausen, Norderneystraße 27, statt. Alle Interessierten sind dazu eingeladen. Eine neue Homepage www.inselviertel.de informiert über die Entwicklungen. Alle 14 Tage trifft sich die Gruppe zum persönlichen Austausch.



Die Initiatoren der Interessensgemeinschaft Inselviertel: (von links) Dr. Ludger Heuer, Olaf Clausen und Prof. Bernhard Wesenick.